Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 2844

DER PRÄSIDENT DES BUNDESRATES

Abschrift

Bonn, den 26. Oktober 1951

An den
Herrn Bundeskanzler

Ich beehre mich mitzuteilen, daß der Bundesrat in seiner 71. Sitzung am 26. Oktober 1951 beschlossen hat, hinsichtlich des vom Deutschen Bundestage am 16. Oktober 1951 verabschiedeten

Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts
- Nrn. 2504, 2660, 2762, 2783 der Drucksachen -

zu verlangen, daß der Vermittlungsausschuß gemäß Artikel 77 Absatz 2 des Grundgesetzes einberufen wird. Im Hinblick darauf, daß sich Bundestag und Bundesrat über die Notwendigkeit einer 20%igen Erhöhung der Beamtengehälter einig sind, hat der Bundesrat aber einstimmig beschlossen, die Bundesregierung zu ersuchen, diese Auszahlung ab sofort vorschußweise vorzunehmen, da die endgültige Verabschiedung des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts noch nicht erfolgen kann.

gez. **Kopf**

Bonn, den 26. Oktober 1951

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Vorstehende Abschrift wird mit Bezug auf das dortige Schreiben vom 16. Oktober 1951 mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.

Kopf

Druck: Peter Maier, Buisdorf-Siegburg
Allein-Vertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Straße 30
und Wiesbaden, Nietzschestr. 1